Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 13 920
Schriftliche Anfrage

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Christopher Lauer und Alexander Spies (PIRATEN)

vom 28. Mai 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Juni 2014) und **Antwort**

Pflegenotstand in Berlin (III): Umwidmung von Betriebs-/Personal- in Investitionskosten bei Berliner Krankenhäusern

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht allein aus eigener Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen. Um die Fragen dennoch beantworten zu können, hat der Senat daher die Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH und die Charité – Universitätsmedizin Berlin um Stellungnahmen gebeten, die von dort jeweils in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Sie sind in die Antworten einbezogen.

1. In welcher Höhe haben die landeseigenen Krankenhäuser in den Jahren seit 2008 jeweils Betriebs- und Personalkosten in Investitionskosten umgewidmet, um die landesseitige strukturelle Unterfinanzierung im investiven Bereich zu kompensieren? (Bitte nach Jahr und Krankenhaus aufschlüsseln.)

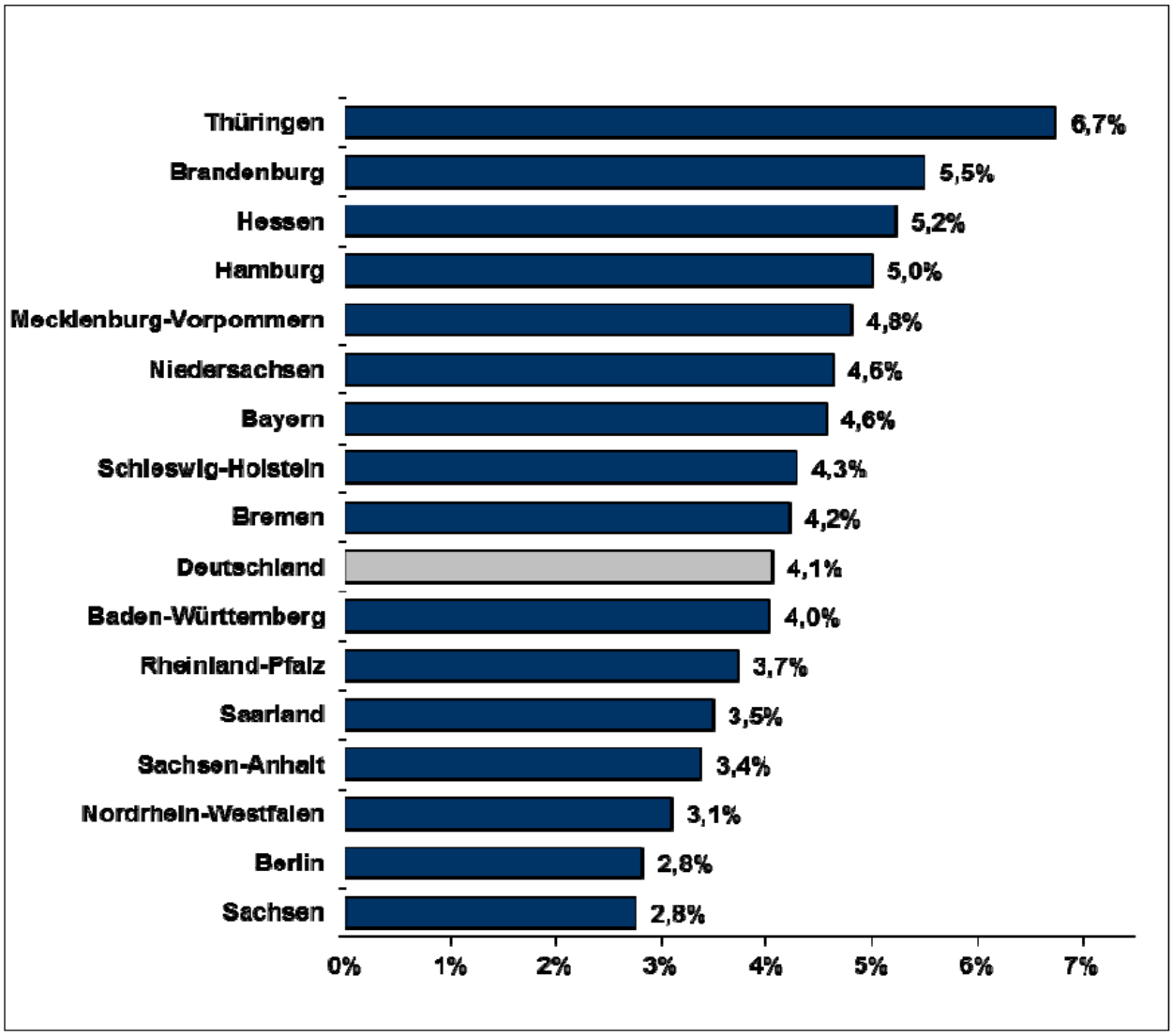
Zu 1.: Sowohl Charité und Vivantes widmen nach eigenen Angaben keine „Betriebs- und Personalkosten“ in Investitionskosten um. Der Eigenanteil an Investitionen wird bei Vivantes beispielsweise über den Verkauf nicht betriebsnotwendiger Grundstücke oder außerbudgetäre Erlöse erwirtschaftet.

2. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, inwiefern die Krankenhäuser in freigemeinnütziger und privatwirtschaftlicher Trägerschaft in Berlin in den Jahren seit 2008 jeweils Betriebs- und Personalkosten in Investitionskosten umgewidmet haben, um die landesseitige strukturelle Unterfinanzierung im investiven Bereich zu kompensieren? (Bitte nach Jahr und Krankenhaus aufschlüsseln.)

Zu 2.: Dazu liegen dem Senat keine Informationen bezüglich der Berliner Krankenhäuser vor. Gemäß Umfragen des Deutschen Krankenhausinstituts hat sich bundesweit der Anteil der Investitionsmittel, die nicht durch Fördermittel der Länder abgedeckt sind, erheblich zugenommen. Ausweislich der Antworten der Krankenhäuser ist der Anteil der insbesondere aus Eigenmitteln und Krediten finanzierten Investitionen von rd. 33 % im Jahr 2004 auf 54 % im Jahr 2009 angestiegen.

Der „Bestandsaufnahme zur Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung in den Bundesländern - Stand: Juli 2012 – für das Jahr 2010“ durch die Deutsche Krankenhausgesellschaft sind Angaben zur Krankenhausinvestitionsquote (KHG-Fördermittel / bereinigte Krankenhauskosten) der einzelnen Bundesländer zu entnehmen:

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.



Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Es liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, dass damit einhergehend auch Budgeterlöse (Leistungsvergütung durch die Krankenkassen für die Refinanzierung von Betriebskosten der Krankenhäuser) „umgewidmet“ worden sind.

Berlin, den 18. Juni 2014

In Vertretung

Emine D e m i r b ü k e n – W e g n e r
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Juni 2014)